



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Holländische Correspondenz.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

solche Zweifel aufkommen läßt. Jedenfalls steht die auffallende Thatsache fest, daß diejenigen preussischen wie nichtpreussischen Practiker, welche man in competenten Kreisen allseitig als die nicht zu entbehrenden Mitglieder der zu berufenden Commission betrachtete, von ihr ausgeschlossen geblieben sind. Wir müssen es daher aussprechen, daß die in Berlin tagende Commission weit entfernt ist, den imponirenden Eindruck zu machen, welcher erforderlich wäre, wenn ihre Berathungen einigen Ersatz dafür gewähren sollten, daß eine ihnen vorangehende öffentliche Discussion des Entwurfes abgeschnitten wurde. Der vorherrschende Eindruck ist der, daß es darauf ankommt, dem preussischen Entwurfe durch die Beschlüsse der Commission möglichst schnell die Signatur eines deutschen auszudrücken.

Ob es der Commission gelingen wird, durch ihre Beschlüsse den Entwurf so zu gestalten, daß alle Besorgnisse, welche sich an seine gegenwärtige Gestalt und die Art seiner Behandlung knüpfen, niedergeschlagen werden, bleibt abzuwarten. Sollte es nicht der Fall sein, so hoffen wir, daß der Reichstag, der auf ein Prüfen und Amendiren der einzelnen Gesetzes-Paragraphen erst eingehen kann, wenn er den Entwurf durch die vorher erzielte volle Verständigung über alle Fragen von principieller Bedeutung dazu reif erachtet, es vorziehen wird, die doch sicher nicht unerträglichen strafrechtlichen Zustände Norddeutschlands noch ein Jahr länger fortbestehen zu lassen, als dazu mitzuwirken, daß in übergroßer Eile ein unreifes Werk geschaffen werde.

Holländische Correspondenz.

Harlem, Anfangs October 1869.

Vor einigen Monaten schrieb ich Ihnen, daß bei uns zu Lande noch ein allgemeines Mißtrauen gegen die Absichten Preußens, ein Unmuth über die Veränderungen in Deutschland, herrsche. Ich theilte Ihnen mit, wie aus unserer Tagespresse eine schwer verholene Abneigung gegen unsere südöstlichen Nachbarn herauszulesen sei, und wie man sich im allgemeinen noch nicht an die neuen deutschen Zustände gewöhnen können, ja selbst noch Furcht vor preussischen Annexionsplänen hege. Verfolgt man aber eine seit einigen Wochen in unsern Zeitungen geführte Polemik, dann sollte man glauben, es habe seit ganz kurzer Zeit ein bedeutender Umschwung in der öffentlichen Meinung stattgefunden. Ist das wirklich der Fall, oder werden einige Erscheinungen die darauf schließen lassen überschätzt? Eine kurze Mittheilung

dessen, was sich dem Beobachter aufdrängt, wird Ihnen zeigen, daß die Holländer auf dem Wege zu richtigerer Würdigung deutscher Zustände langsam fortschreiten, daß aber Viele ihre alte Abneigung noch nicht verleugnen können.

Ein Paar liberale Zeitungen haben in den letzten Wochen ihr Publikum in wirklich unparteiischer Weise mit den deutschen Verhältnissen bekannt zu machen versucht. Es war erfreulich, daß endlich Stimmen laut wurden, welche mit Ruhe und Würde lang gehegten Vorurtheilen begegneten und falsche Anschauungen widerlegten. Daß die Tagesblätter ihren Beruf so spät begriffen haben, liegt vielleicht in dem seit dem 1. Juli veränderten Zustande derselben. Der frühere hohe Zeitungstempel verurtheilte sie, ihre Spalten mit Nachrichten aus den billigsten Quellen zu füllen. Seitdem diese Steuer unterdrückt ist, kann man eine merkliche Verbesserung in unserer Zeitungsliteratur bemerken; man sieht, daß bessere Kräfte sich dem früher verachteten Fach der „Courantenschreiber“ gewidmet haben.

Die betreffenden Artikel bezweckten nichts Anderes, als die übertriebene Furcht vor Preußen zu bekämpfen und auf die Gefahr aufmerksam zu machen, in welche die Niederländer gerathen könnten, wenn sie sich durch unbegründete, leidenschaftliche Abneigung einen mächtigen Nachbarn zum Feinde machten. Es wurde gezeigt, daß die Vereinigung Deutschlands zu einem Staat, der berechnete Wunsch des Volkes und in der geschichtlichen Entwicklung begründet sei; daß Preußen der einzige Staat sei, diese Vereinigung zu bewerkstelligen, und daß es unrichtig sei, diesem Reiche wegen seiner Einverleibung kleinerer deutscher Länder auch Gelüste nach fremdem, außerdeutschem Besitz zuzuschreiben. Diese Artikel haben bei der conservativen Presse und auch bei einigen liberalen Blättern Anstoß erregt. Von der ersten wurden die betreffenden Zeitungen beschuldigt, daß sie sich an Preußen verkauft hätten; man ging selbst so weit unsere Regierung als abhängig von der preussischen darzustellen. Ohne sich auf den Gegenstand selbst einzulassen, ergehen diese conservativen Blätter sich in gehässigen Insinuationen und werfen der liberalen Partei vor, daß sie das Vaterland an Preußen verrathen wolle. Es ist dies eine Methode der Polemik, die bis vor Kurzem die meisten unserer Zeitungen verunzierte, und an der leider unser Publikum noch viel Geschmack findet. Selbst liberale Blätter haben ihre Schwestern das Handelsblad und Vaterland, welche die in Frage stehenden Artikel brachten, zu großer Preußenliebe beschuldigt, und die Abneigung der Holländer gegen diesen „Staat“ durch die bei demselben noch bestehenden Gelüste nach den Rheinmündungen begründet. Die obengenannten Zeitungen haben ihre Artikel über die deutschen Zustände hauptsächlich zu Folge dessen gebracht, was in letzter Zeit von der deutschen Presse über unser gegenseitiges Ver-

hältniß gesagt ist. Es kann nur erfreulich sein, daß man hüben und drüben bemüht ist, den Groll, der durch die von unserm frühern Minister van Zuylen so unglücklich geleitete luxemburger Geschichte entstanden ist, zu vergessen und falsche Vorstellungen zu berichtigen. Aber die Conservativen wollen von einer solchen Verständigung nichts wissen, sei es, daß sie, einer unparteiischen Auffassung unfähig, die Furcht vor Annexion, bei der sie am meisten verlieren würden, wirklich noch hegen, sei es, daß sie den Liberalen Freundschaft für Preußen vorwerfen, um sie dadurch in den Augen der Nation zu verdächtigen.

Minder erklärlich ist das Widerstreben einiger Liberalen, die ihr Mißtrauen gegen die Absichten unserer Nachbarn noch nicht überwinden können; aber es läßt sich annehmen, daß sie sich einer bessern Erkenntniß nicht lange mehr verschließen werden.

Von einer „preussischen Partei“ ist trotz des Geschrei's der Conservativen bei uns keine Rede, da alle Ansätze dazu fehlen. Eine solche könnte sich nur dann bilden, wenn die Umstände uns die Frage vorlegten, ob wir uns bei einem möglichen Friedensbruch in Europa an die Seite Deutschlands oder seiner Feinde schaaren sollen, und da wird unzweifelhaft ein Theil unserer Nation sich künftig ganz anders zu Preußen stellen als im Jahre 1866, wo die allgemeine Sympathie auf die Seite Oesterreichs neigte. Man fängt an zu fühlen, daß die Deutschen unsere natürlichen Bundesgenossen sind, mit denen wir zusammen handeln müssen, so lange wir es mit unserm Rechtsgesühl vereinbaren können. Will man das mit dem Namen „Preussischgesinntheit“ stempeln, so muß man sich doch hüten, dieser Bezeichnung einen größern Werth beizulegen.

In unmittelbarer Verbindung mit unserer Stellung zum Auslande steht die Frage nach der zweckmäßigen Einrichtung unserer Vertheidigungsmittel. Unsere Armee ist nach der englischen die theuerste; wie ihre Leistungsfähigkeit zu diesen Kosten steht, ist aber eine große Frage. Gesetlich und thatsächlich besteht die Armee aus angeworbenen Truppen; da sich aber freiwillig keine hinlängliche Zahl zum Militärdienste meldet, so werden die fehlenden Mannschaften durch Conscriptio (wobei das System der Stellvertretung zugelassen ist) ausgehoben. Diese Conscriptirten werden das erste Jahr höchstens einige Monate und vier spätere Jahre höchstens sechs Wochen, meistens aber eine viel kürzere Zeit einberufen. Der größte Theil unserer Armee würde also im Kriegsfall kaum ein Jahr lang im Militärdienst geübt sein. Es würden auf diese Weise im günstigsten Fall in etwa 14 Tagen achtzigtausend Mann, wahrscheinlich aber viel weniger einberufen werden können. Würde eine solche wenig geübte Truppe, von der sich der bessere Theil des Volkes entfernt gehalten hat, den großen Anforderungen entsprechen können, die man im gegebenen Fall an sie stellen muß?

Bei der großen Abneigung gegen den Militärdienst und den großen Kosten, die der Staat dafür verausgabt, wagt man keine längere definitive Dienstzeit einzuführen, ja, man möchte das Armeebudget gern noch bedeutend ermäßigen, denn es drückt viel zu schwer auf unsere Finanzen. Um unsere Vertheidigungsmittel nun auf eine billigere und zugleich bessere Weise einzurichten, findet der Vorschlag einer allgemeinen Volksbewaffnung nach schweizerischem Muster viel Beifall. Man verliert dabei aber ganz aus den Augen, daß die Holländer durchaus keine militärische Nation sind, daß sie sich ungerne einer Disciplin, sei es auch der einer Bürgermilitz, unterwerfen, und daß es noch sehr fraglich ist, ob ein Heer von bewaffneten Bürgern bei der gegenwärtigen ausgebildeten Technik, die in den Armeen der Großstaaten herrscht, von mehr als bloß untergeordneter Bedeutung ist. Wir haben an den im Jahre 1866 errichteten freiwilligen Scharsschützencorps, die es zu nichts weiter als knabenhaften Spielereien gebracht haben, gesehen, daß bei der Nation keine Sympathie für eine allgemeine Bewaffnung besteht und daß dieselbe, wenn sie zwangsweise eingeführt werden sollte, eine allgemeine Unzufriedenheit hervorrufen würde.

Man beruft sich zwar auf die natürliche Beschaffenheit unseres Bodens und unserer Inundationswerke, welche die Vertheidigung des Landes sehr befördern; aber legt man auf diese Hilfsmittel auch den höchsten Werth, so ist immer eine geübte Armee nöthig, die sich auf dieselben stützen kann.

Auf die kleineren Nationen drücken die Militärausgaben viel schwerer als auf die größeren. Soll unsere Heeresorganisation eine derartige sein, daß wir uns im Kriegsfall mit Nachdruck vertheidigen können, so können wir auf die Dauer unmöglich die dazu erforderlichen Summen erschwingen; stellen wir inzwischen unsere Anforderungen nicht so hoch, so bleiben unsere Ausgaben dennoch verhältnißmäßig groß und kommen, wir außerdem noch in das Gefühl der Unsicherheit. Daß aber mit dem Gelde, welches der Staat für Militärzwecke ausgibt, Besseres beschafft werden könnte, ist leider unleugbar, wenn man den Vergleich mit anderen Ländern macht und dabei die Kostspieligkeit unserer ganzen Verwaltung in Betracht zieht.

Nun ist es aber eben dieses Gefühl der Schwäche, welches Anfangs zu der Erbitterung gegen Preußen beigetragen hat. Furcht erweckt Mißtrauen und Haß. Sobald aber die erstere hinweggenommen wird, entfernen sich auch die letzteren. Können wir auf Deutschland als einen treuen Bundesgenossen, der es ehrlich mit uns meint, rechnen, und ist diese Ueberzeugung ins Volk gedrungen, so ist jede Ursache zur Furcht und Abneigung verschwunden. Man muß immerhin berücksichtigen, daß die Holländer eine mächtige, freie und reiche Nation gewesen sind, und daß sie sich gern in diesem alten Glanz spiegelt. Es ist die Zeit gekommen, wo man einen früher

verachteten Nachbarn mächtig geworden sieht und wo die alte Wohlhabenheit schwindet. Das beleidigt den alten Stolz. Man hat dem Ausländer so lange von der fabelhaften Größe des holländischen Reichthums, von der Pracht und Ergiebigkeit seiner Colonien vorgeredet, daß man fürchtet, seine Lüsternheit nach denselben erregt zu haben. Wenn der Holländer früher nach Deutschland kam, so nannte er die ihm dort entgegentretende Höflichkeit knechtischen Sinn und Unterwürfigkeit, weil er zu Hause an Grobheit gewöhnt war. Jetzt sieht er, daß er den Mangel an Bildung und die Rohheit seines Volkes für Freiheitsinn hielt, und daß zuvorkommendes Wesen noch lange keine Unterwürfigkeit bedeutet. Die Hauptsache aber ist: man hat so lange eine reine Kaufmannspolitik getrieben, daß man nicht begreift, wie andere Nationen nach höheren Zielen streben können. Aber eben eine richtige Kaufmannspolitik könnte die Deutschen nur hindern an eine Annexion der Niederlande zu denken. Zwar könnte ihnen der Besitz der Rheinmündungen nur erwünscht sein, aber eine Schuldenlast, die beinahe doppelt so groß ist, wie die preussische, ein jährliches Deficit von wenigstens 10 Millionen, enorm hohe Steuern, wie sie in Deutschland gänzlich unbekannt sind und die bei einem verderblichen System doppelt schwer auf die Bevölkerung drücken, endlich eine allgemeine Abneigung gegen Ausländer: das Alles sind unerwünschte Zugaben. Und könnte man im günstigsten Fall auch in den Besitz der Colonien kommen, man würde sie ausgefogen finden, und genöthigt sein, das bisherige ergiebige, aber zerstörende System sofort zu ändern und das herrschende Monopol abzuschaffen, wodurch dann wiederum eine Hilfsquelle Hollands verschwinden würde.

Wenn nun auch in Deutschland der traditionelle Reichthum der Holländer, der in Wahrheit sehr herunter gekommen ist und wirthschaftlich sehr schlecht angewandt wird, Manchen anlocken könnte, so würde ein Staatsmann, der in die Verhältnisse genügend eingeweiht ist, doch durch denselben nicht geblendet werden. Könnte man sich in Holland selbst entschließen, einzugestehen, daß die materiellen Verhältnisse durchaus nicht glänzend sind, so brauchte man sich nicht so sehr vor einem Einbruch der Nachbarn zu fürchten. Aber ein solches Geständniß kann man von einer Nation nicht verlangen, die wesentlich in Erinnerungen lebt.

Daß sich besonders die Conservativen vor Deutschland fürchten, liegt vielleicht auch zum Theil in der Abneigung, die jeder Holländer vor der Demokratie hegt. Die drüben eingeführten allgemeinen Volkswahlen sind uns ein Gräuel; man muß aber auch gestehen, daß sie bei der hier herrschenden Unwissenheit und Verkommenheit in den unteren Klassen schlecht angebracht wären. Bei der aristokratischen Gesinnung der Holländer, die sich in der großen Verschiedenheit und der scharfen Trennung der Stände offenbart, ist

es begreiflich, daß man wohl die persönliche Freiheit, aber nicht die Gleichberechtigung der untern Stände anerkennen will.

Unsere Liberalen müssen aber einsehen lernen, daß ein gutes Einvernehmen mit den Deutschen zur Besserung der eigenen Zustände dringend nöthig ist; daß die durch übertriebene Preußensfurcht so hoch aufgeschraubten Ausgaben für Militärzwecke bedeutend ermäßigt werden können; daß innigere Beziehungen zu unseren Nachbarn unserem verweltenden Handel wieder neue Lebenskräfte zuführen müssen, und daß es unverständig ist, dem freundschaftlichen Entgegenkommen Deutschlands mit Mißtrauen zu begegnen. Unsere Aufgabe ist, die gesunkene Energie des Volkes und damit Handel und Industrie zu heben, die niedern Klassen durch Unterricht und Zucht soweit zu bringen, daß auch sie wenigstens einen Begriff von politischen Dingen bekommen und sich im Allgemeinen um höhere, als die materiellen Interessen bekümmern — aber nicht dem Volke Mißtrauen und Haß gegen unsere Nachbarn einzusflößen, von deren gutem Willen doch die Ruhe abhängig ist, deren wir zur Erfüllung dieser Aufgabe so sehr bedürfen.

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, den 27. October.

Der politischen Ebbe, welche während der Sommermonate von Woche zu Woche zuzunehmen schien, ist seit dem Beginn des Octobers eine Art Hochfluth gefolgt. Für jeden der größeren Staaten Mitteleuropas hat der Zeitraum, auf den wir zurückzusehen haben, irgend ein Ereigniß gebracht, von dem sich Folgen erwarten lassen, und wollte man den Versicherungen der heißblütigen Tagespolitiker Glauben schenken, welche die Wichtigkeit der Dinge nach dem Maß dessen bestimmen, was über sie gesagt wird oder gesagt werden kann, so befinden wir uns seit dem Beginn des October in einer vollständig veränderten Situation. Wie sehr die gegenwärtigen Verhältnisse unseres Welttheils den Charakter bloßer Provisorien tragen, geht schon aus der Leichtblütigkeit der öffentlichen Meinung hervor, welche die geringfügigsten Vorgänge für Symptome von Umgestaltungen ansieht, über deren Unmöglichkeit man noch wenige Tage früher einig gewesen war. Aus dem Wiener Besuch des Kronprinzen von Preußen und der einfachen Thatsache, daß Oestreich sich am russischen Hof wieder durch einen Botschafter vertreten läßt, haben dieselben Leute, die vor vier Wochen von